

Laien auf Streife

Freiwillige Polizeihelfer sollen für Sicherheit sorgen. Das birgt viele Probleme

■ Kritiker befürchten, dass sie Lückenfüller für Streifenbeamte sind

DOMINIK EHRENTRAUT

Der Mann ist sturzbetrunknen. Vor einer Einkaufspassage in der Leipziger Innenstadt pöbelt er Passanten an. Kristina Scholz, die gerade Streife läuft, geht auf den Betrunkenen zu und versucht, ihn zu beruhigen. Der Mann wird immer aggressiver, droht ihr Schläge an.

Scholz bekommt Angst, ihr Herz rast, die Hände zittern. Sie kann nichts tun, weil sie nicht das Recht hat, ihn zu Boden zu ringen. Der 51-Jährigen fordert über Funk Beamte des nächsten Polizeireviers an. Wenige Minuten später treffen die Polizisten ein und nehmen den Mann mit. Scholz ist keine Polizistin, sondern Mitglied der Sächsischen Sicherheitswacht, eines Freiwilligendienstes der Polizei. Als freiwillige Polizeihelferin soll Scholz Präsenz zeigen und den Menschen Sicherheit vermitteln. Knapp 600 Freiwillige beschäftigen der Freistaat.

Auch Bayern, Hessen und Baden-Württemberg beschäftigen freiwillige Mitarbeiter. Kritiker befürchten, dass sie Lückenfüller für eingesparte Polizisten sind. Experten warnen, dass die Länder damit die Polizeiarbeit privatisieren, der Staat sein ordnungspolitisches Gewaltmonopol aus den Händen gibt. „Die Ehrenamtlichen sollen die Polizei ergänzen, nicht ersetzen“, sagt Bernd Turowski, Leiter des Polizeireviers Leipzig-Innenstadt. Die Dienststelle beschäf-



Die Hilfspolizistinnen Ramona Abel (l.) und Kristina Scholz gehen einmal pro Woche auf Streife

tigt acht Frauen und Männer, die freiwillig in der Innenstadt Streife gehen. Bewerber für die Sächsische Sicherheitswacht, müssen mindestens 18 Jahre alt sein, einen guten Leumund und eine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung besitzen. Sie absolvieren sie eine 60-stündige Ausbildung. Pro Monat dürfen sie maximal 40 Stunden arbei-

ten. „In erster Linie sollen sie Präsenz zeigen und Ansprechpartner für den Bürger sein“, sagt Turowski.

„Unsere Kompetenzen sind klar abgesteckt“, sagt Kristina Scholz und zückt ihren Dienstausweis. Sie darf Personen anhalten, die Personalien aufnehmen und Platzverweise erteilen. Mit ihrer Kollegin Ramona Abel

läuft sie einmal in der Woche Streife. Pro Stunde bekommen sie dafür 5,11 Euro. Mit ihren grünen Jacken strahlen sie Autorität aus. Am Gürtel hängen Taschenlampe und Pfefferspray.

Der Deutschen Polizeigewerkschaft sind Freiwillige wie Scholz und Abel ein Dorn im Auge. „Die laufen durch die Gegend und spielen Polizei“, sagt der Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Polizeiarbeit sei hoch qualifizierte Arbeit. Die könne nicht im Kurzlehrgang vermittelt werden. In Baden-Württemberg sind die schlimmsten Befürchtungen der Gewerkschaft Wirklichkeit geworden. Dort besitzen die freiwilligen Helfer nahezu den Status eines Polizeibeamten. Die fast 1200 Freiwilligen tragen deshalb grundsätzlich Uniform, Pistole und Handschellen.

WIDERSTAND GEGEN ERSATZPOLIZISTEN

Der Einsatz privater Sicherheitsleute in Städten ist parteipolitisch umstritten. Während die CDU solche Patrouillen befürwortet, wächst der Widerstand beim Koalitionspartner FDP und bei der Opposition. Grünen-Chef Cem Özdemir warnte vor „martiali-

schen Kiez-Sheriffs“, bei denen die Aufgaben von Polizei und Sozialarbeit auf fragwürdige Weise vermengt würden. „Die öffentliche Sicherheit ist mit gutem Grund eine **hoheitliche Aufgabe** und Sache der Polizei“, sagte Özdemir.

ONLINE

Mehr zu der Debatte über Sicherheit und Gewalttaten auf den Straßen auf: welt.de/schlaeger